

PH, CVP Schweiz, Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Revision\_urg@ipi.ch

Bern, 31. März 2016

## **Vernehmlassung: Zwei Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum und Änderungen des Urheberrechtsgesetzes**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zu obengenannten Geschäften Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

### **Allgemeine Bemerkungen**

Die CVP begrüsst es, dass eine Revision des Urheberrechts angestrebt wird. Im Zeitalter der Digitalisierung und der vermehrten Nutzung bzw. Anschaffung von geschützten Werken über das Internet ist eine Modernisierung des Urheberrechts angezeigt.

Mit der Modernisierung des Urheberrechts soll Rechtssicherheit für alle Interessengruppen hergestellt werden. Zugleich darf die Revision keine zusätzlichen Kosten und bürokratischen Aufwand für Urheber und Nutzer generieren. Diese Gratwanderung ist die grösste Herausforderung der Revision.

Die Frage stellt sich, mit welchen Mitteln die Internetpiraterie griffig bekämpft werden kann und wer im Kampf gegen sie eingespannt werden soll. Ausserdem stellt die CVP fest, dass es grosse Abgrenzungsschwierigkeiten gibt zwischen den verschiedenen Arten von Nutzung und deren Abgeltung.

Die CVP ist mit dem vorliegenden Entwurf insofern nur bedingt einverstanden. Wir verlangen eine schlankere Revision ohne ausgeweitete Aufsicht, ohne Mehrkosten bspw. für Bibliotheken und mit einfacheren Prozessen für die Provider.

## **Zu den einzelnen Artikeln**

### **Verleihrecht Art. 13**

Im Gegensatz zum *Vermieten* zieht das gleichermassen nutzungsintensive Verleihen heute keine *Vergütung* nach sich. Die AGUR12 beschäftigte sich deshalb mit dieser Ungleichbehandlung. Der Dialog zu führte jedoch zu keiner Einigung. Obwohl die AGUR12 keine Empfehlung für die Einführung eines Verleihrechts abgab, entschloss sich der Bundesrat, die Aufnahme eines Regelungsvorschlags zu einem Verleihrecht zu prüfen. Die erfüllt unter anderem den Auftrag des Postulats Bieri 14.4150.

Die CVP anerkennt, dass Autorinnen und Autoren auf eine angemessene Entschädigung für die Nutzung ihrer Werke in der Schweiz angewiesen sind. Die Einführung einer Verleih-Vergütung ist jedoch der falsche Weg, weil dadurch vor allem Bibliotheken belastet würden, die ihren Auftrag, der Allgemeinheit Zugang zu Information, Wissen und Kultur zu verschaffen, nicht mehr kostengünstig und umfassenden wahrnehmen könnten. Ausserdem fehlt vor allem in kleinen Gemeindebibliotheken die technische Infrastruktur, um den Verleih so zu dokumentieren, dass er den Verwertungsgesellschaften als Grundlage für die nutzungsbezogene Verteilung gemeldet werden kann.

Wenn Bibliotheken aufgrund gesteigertem Aufwand und Kosten schliessen müssen, sind schlussendlich wiederum Autorinnen und Autoren die Leidtragenden, weil ihre Werke nicht mehr im gleichen Ausmass verbreitet bzw. bekannt gemacht werden.

### **Verwenden von verwaisten Werken Art. 22b**

Die CVP begrüsst es, dass Werke, deren Autoren nicht mehr bekannt sind, zukünftig unter den zwei bestimmten Voraussetzungen genutzt werden dürfen. Wir regen ausserdem an, dass ein von der Verwertungsgesellschaft unbürokratisch geführtes Register geschaffen wird, damit nicht immer wieder nach den gleichen Urhebern gesucht werden muss.

### **Schrankenregelung zugunsten der Wissenschaft Art. 24d**

Die CVP begrüsst die Änderung zugunsten der wissenschaftlichen Forschung, die ihr die technische bedingte Vervielfältigung und Bearbeitung von Werken zukünftig erlaubt. Das stärkt den Forschungsplatz Schweiz. Eine erneute zusätzliche Vergütung dafür lehnt die CVP wiederum ab. Damit würde eine neue Mehrfachvergütung eingeführt: Einerseits werden mit öffentlichen Geldern die Lizenzen für wissenschaftliche Datenbanken, e-journals und andere elektronische Medien erworben und andererseits soll für deren Nutzung im Rahmen dieser Wissenschaftsschranke noch einmal eine Vergütung (mit öffentlichen Geldern?) bezahlt werden. Die CVP lehnt diese Doppelzahlung ab.

### **Freiwillige Kollektivverwertung Art. 43a**

Die rechtliche Regelung der Massendigitalisierung von Beständen, ohne aufwändig jedes einzelne Werk abzuklären, ist eine grosse Herausforderung. Die CVP nimmt zur Kenntnis, dass der

vorliegende Bericht ausführlich verschiedene Modelle zur konkreten Ausgestaltung der kollektiven Verwertung im Internet untersucht hat und auch Rechtsvergleiche mit ausländischen Regelungen unternommen hat. Offensichtlich kristallisierte sich dabei eine der nordischen Rechtsordnungen gleichende Lösung heraus. Die CVP ist einverstanden, eine erweiterte Kollektivlizenz zu schaffen, die die kollektive Verwertung auf jene Fälle ausdehnt, in denen sich die individuelle Erteilung der Nutzungsrechte aus praktischen Gründen als unmöglich erweist.

### **Ausdehnung der Aufsicht, Angemessenheitsprüfung und Aufsichtsabgabe (Art. 40-53 URG, Art. 13a IGEG)**

Die CVP lehnt erweiterte Aufsichtspflichten und Angemessenheitsprüfungen ab. Dadurch entsteht nur zusätzlicher Aufwand für alle Beteiligten und widerspricht dem liberalen Wirtschaftsgedanken. Das heutige bestehende System funktioniert, einzelne Ausnahmen (in der Vergangenheit) rechtfertigen keine neue Bürokratie. Auch die Auferlegung der Aufsichtskosten auf die genossenschaftlich organisierten Verwaltungsgesellschaften erachtet die CVP als verfehlt.

### **Massnahmen zur Bekämpfung der Online-Piraterie Art. 62a ff**

Der CVP ist die Bekämpfung der Internetpiraterie ein grosses Anliegen. Sie soll griffig und mit möglichst wenig Bürokratie erfolgen können und Rechtssicherheit für die Provider gewährleisten.

Insofern weist die CVP die Massnahmen bezüglich Access Provider zur Überarbeitung zurück. Die neu auferlegten Pflichten für die Access Provider, vor allem das Mitteilungsverfahren, erscheinen uns aufwändig und nicht praxistauglich.

### **Instanzenzug bei der ESchK Art. 83 BGG**

Die CVP spricht sich für einen Instanzenzug an das Bundesgericht aus. Allerdings dauert der heutige, zweistufige Instanzenzug zu lange. Nach rechtskräftigem Urteil können Tarife beispielsweise bis zu 5 Jahren rückwirkend festgesetzt werden. Deshalb ist das zweistufige Prinzip auf einen einzigen Instanzenzug, und zwar an das Bundesgericht, zu reduzieren. Dafür spricht unter anderem die zivilrechtliche Natur von Tarifstreitigkeiten. Nur das Bundesgericht erlaubt eine zivilrechtliche Koordination solcher Fälle.

Darüber hinaus regt die CVP eine Überprüfung der Mittel der ESchK an. Nach Inkrafttreten der Urheberrechtsrevision wird die Arbeit für die ESchK und für das seit Jahrzehnten unveränderte Sekretariat nicht abnehmen, im Gegenteil, sie wird sich wohl auch mit den erweiterten Kollektivlizenzen auseinandersetzen müssen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Christophe Darbellay  
Präsident CVP Schweiz

Sig. Béatrice Wertli  
Generalsekretärin CVP Schweiz